



Dormagen



Grevenbroich



Jüchen



Kaarst



Korschenbroich



Meerbusch



Neuss



Rommerskirchen



Rhein-Kreis Neuss

Herrn

Bundeskanzler
Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

es sind weltweit und auch für uns im Land bewegende Zeiten mit vielen schwierigen Herausforderungen, von denen alle staatlichen Ebenen betroffen und von diesen derzeit zu bewältigen sind.

Die sicherlich größten aktuellen Aufgaben sind der Umgang und die Bewältigung der Folgen des rechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine einerseits sowie der Klimaschutz andererseits. Uns ist bewusst, dass diese Themen Sie und die Bundesregierung bereits erheblich beschäftigen.

Gleichwohl erlauben wir uns, den Fokus auf ein weiteres Thema zu lenken, dass sich in den vergangenen Monaten sehr stark aufgebaut hat und das vor allem von kommunaler Seite zu bewältigen ist.

Nach einer großen Zuwanderung geflüchteter Menschen insbesondere in den Jahren 2015 bis 2017 verzeichnet unser Land seit fast einem Jahr erneut eine erheblich gestiegene und anhaltend große Zahl zu uns flüchtender Menschen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch aus der Zeit von 2015 noch viele ausreisepflichtige Menschen in den Kommunen sind.

Wir verstehen es nicht nur als gesetzliche Aufgabe, sondern erachten es als selbstverständlich, vorrangig denjenigen, die vor Krieg flüchten müssen oder aus verschiedenen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben werden, Schutz zu gewähren. Erfreulicherweise werden unsere Bemühungen von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Kommunen bisher verständnisvoll mitgetragen.

Allerdings stößt diese Pflicht und das Selbstverständnis an Grenzen, wenn wir vor Ort nicht mehr in der Lage sind, alle zu uns geflüchteten Menschen unterzubringen und in der weiteren Zeit zu integrieren.

Wir blicken mit großer Sorge auf die Entwicklung der letzten Monate und befürchten eine erhebliche Belastungsprobe für die Gesellschaft, wenn wir weitere Sporthallen und andere öffentlichen Einrichtungen für längere Zeit oder gar dauerhaft für die Unterbringung in Anspruch nehmen müssen.

In der derzeitigen Geschwindigkeit können wir zudem keine weiteren Plätze in Schulen und Kindertageseinrichtungen schaffen, abgesehen davon, dass wir nicht mehr in der Lage sind, ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache als Voraussetzung für eine Integration zu vermitteln.

Die zuständigen Kolleginnen und Kollegen in den Sozial- und Ausländerbehörden tragen eine enorme Last – vor allem auch emotional und psychisch.

Und leider steigend: Nicht jeder, der zu uns kommt, verhält sich freundlich und angemessen.

Wir versuchen an allen Stellen der Aufgabe gerecht zu werden und tun unser Möglichstes, sehen aber, dass die gesamte Lage uns zunehmend überfordert.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie sich die kommunalen Sorgen zu eigen machen würden, und sehen mit großer Erwartung dem von Ihnen angekündigten Flüchtlingsgipfel entgegen. Eine Beteiligung mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis würden wir dabei sehr befürworten. Insbesondere erhoffen wir uns Antworten auf die Fragen, wie die Finanzierung der kommunalen Lasten endlich auskömmlich geregelt werden und zudem, wie der starke Zustrom gemindert werden kann bzw. wie Zugewanderte ohne Schutzanspruch wieder zurückkehren

sollen. Eine entsprechende Äußerung Ihrerseits in einem Interview haben wir mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.

Nur Kommunen, die die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen können, sind die Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen in unserem Land. Das muss das gemeinsame Interesse aller staatlichen Ebenen sein.

Für Ihren Einsatz in diesem Interesse danken wir sehr!

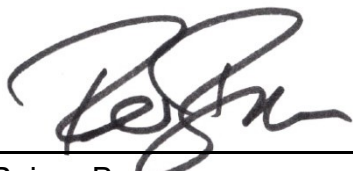
Mit ausgezeichneter Hochachtung



Ursula Baum
Bürgermeisterin Stadt Kaarst



Christian Bommers
Bürgermeister Stadt Meerbusch




Reiner Breuer
Bürgermeister Stadt Neuss



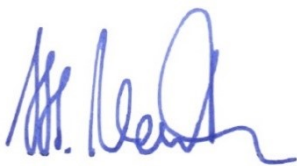
Klaus Krützen
Bürgermeister Stadt Grevenbroich



Erik Lierenfeld
Bürgermeister Stadt Dormagen



Dr. Martin Mertens
Bürgermeister Gemeinde Rommerskirchen



Marc Venten
Bürgermeister Stadt Korschenbroich



Harald Zillikens
Bürgermeister Stadt Jüchen



Landrat Rhein-Kreis Neuss